

Präs.: 25. Okt. 1972 No. 874/J

Anfrage

der Abgeordneten REGENSBURGER, KEIMEL, HUBER, HALDER
und Genossen

an den Herrn Bundesminister für Inneres
betreffend Personalpolitik im Bereiche der Bundesgendarmerie.

Die Austria Presseagentur Wien erhielt eine mit 19.9.1972
datierte Meldung nachstehenden Inhalts:

"Titel: Ist die Preisüberwachung ein Politikum?"

Es scheint Tatsache zu sein, daß sachliche Argumente des Landes-
gendarmeriekommandos für Tirol, seitens des Herrn Innenministers
Otto RÖSCH als politischer Dreh umgemünzt wird, um seinerseits
eine personell politische Maßnahme verfügen zu können.

Sachverhalt: Mit Erlaß des BMfI. Zl. 5438/8-15/72 vom 21.6.1972
wurden die Landesgendarmeriekommanden unter dem Schlagwort:
"Preisüberwachung" Einsatz von Gend. Beamten auf dem Gebiet der
Preisüberwachung im Zusammenhang mit der Einführung des Mehrwert-
steuersystems in Österreich angewiesen, die erforderliche Anzahl
von Beamten, je 2 pro politischen Bezirk, bis spätestens 3. Juli
1972 zu melden.

Das Gend. Abteilungskommando Innsbruck hat u.a. zwei Gend. Beamte,
einen vom Posten Schönberg im Stubaital und einen vom Gend. Posten
Kematen, verbunden mit dem westlichen Mittelgebirge, namhaft ge-
macht. Im Laufe des Juli wurde der Beamte vom Posten Schönberg über
eigene Initiative am Posten Gries i.S. in Dienstverwendung ge-
nommen. Dies veranlaßte den zuständigen Abteilungskommandanten
für den Bereich Wipptal, Stubaital, östliches Mittelgebirge einen
Beamten aus dem Wipptal für die Preisüberwachung namhaft zu machen
und dafür einen anderen Beamten, der allerdings mit Unterstützung
des Herrn Innenministers in den westlichen Raum des polit. Bezirkes
Innsbruck verzogen ist, aus örtlich sachlichen Überlegungen von
der Preisüberwachung zurückzuziehen. Alle diese Vorgänge wurden
offiziell dem Innenministerium gemeldet, zuletzt am 8. September
1972. Bis zu diesem Zeitpunkt schien alles ordnungsgemäß und ohne
politischen Anstrich abzulaufen. Hier wurde aber sprichwörtlich
die Rechnung ohne den Wirt gemacht.

Am 18.9. hat nämlich der Herr Innenminister über den Herrn Gend.
General SPANN telefonisch den Herrn Landesgendarmeriekommandanten
von Tirol wissen lassen, daß er in der vorangeführten personellen
Änderung ein Politikum sehe, daher wünsche, daß der erstgenannte
Beamte, sein politischer Schützling, als Preisüberwacher einge-
setzt und der vom Landesgendarmeriekommando aus sachlichen Über-
legungen nachgemeldete Beamte zurückgezogen werde. Daß der nach-
gemeldete zweite Gend. Beamte zufällig kein Sozialist ist
und war, hat zwar nicht in der Überlegung des Landesgendarmerie-
kommandos gelegen, wohl aber, wie dies die Fakten beweisen, in
der Überlegung und Weisung des Herrn Innenministers.
So wurde also eine korrekte und sachlich begründete Personalmaß-

- 2 -

nahme seitens des Herrn sozialistischen Ressortleiters, des derzeitigen Innenministers RÖSCH, persönlich in eine politische umgemünzt, um wieder einmal eine politische Personalaktion unter einem selbst gefärbten Mäntelchen zu setzen."

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an den Herrn Bundesminister für Inneres folgende

A n f r a g e:

- 1.) Ist der dargestellte Sachverhalt richtig ?
- 2.) Wenn ja, sehen Sie die Preisüberwachung nur in Händen sozialistischer Beamter gewährleistet ?
- 3.) a) Wieviele Weisungen bzw. Erlässe ließen Sie im Zusammenhang mit dem Gendarmeriebeamten, der vom Gendarmerieposten Schönberg i.St. nach Gries i.S. versetzt wurde, an das Landesgendarmeriekommando Tirol ergehen ?
b) Wie lauten die telefonischen und schriftlichen Weisungen bzw. Erlässe und welche Stellungnahme hat das Landesgendarmeriekommando Tirol hiezu vorher oder nachher abgegeben ?